

## Zwölf Schritte zur Herbeiführung eines „Regime Change“

Vijad Prashad

Am 15. September 1970 bevollmächtigte Präsident Richard Nixon und der Nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger die Regierung der USA, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die vor der Amtseinführung stehende Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile scheitern zu lassen. Laut Notizen, die der CIA-Direktor Richard Helms anfertigte, wollten Nixon und Kissinger in Chile „die Wirtschaft zum Schreien bringen“, wobei sie „die damit verbundenen Risiken nicht bekümmerten“. Auch ein Krieg erschien ihnen geeignet, wenn er nur dazu führte, Allendes Regierung von der Macht zu verdrängen. Die CIA begann mit dem Projekt FUBELT, anfänglich ausgestattet mit 10 Millionen Dollar, zur verdeckten Destabilisierung des Landes.

Firmen in den USA wie Telefon-Großkonzern ITT, der Getränkehersteller Pepsi und Kupfermonopole wie Anaconda und Kennecott intervenierten bei der Regierung der USA, als Allende am 11. Juli 1971 den Kupferbergbau verstaatlichte. Die Chilenen begingen diesen Tag als „Tag der nationalen Würde“ (Dia de la Dignidad Nacional). Die CIA nahm Kontakt zu Teilen der Streitkräfte auf, von denen man annehmen konnte, dass sie gegen Allende eingestellt waren. Drei Jahre später, am 11. September 1973 putschte das Militär gegen Allende, der bei diesem „regime change“ umkam. Die Vereinigten Staaten „schufen die Voraussetzungen“, formulierte Henry Kissinger damals als Nationaler Sicherheitsberater, und Präsident Nixon fügte hinzu: „So wird hier gespielt werden“. So geht es zu beim internationalen Gangstertum.

Für Chile begann die Nacht der Militärdiktatur, in der das Land an USA-Monopole ausgeliefert wurde. Eingeflogenen Berater aus den USA verliehen dem Kabinett des Generals Augusto Pinochet den entsprechenden Rückhalt.

Was 1973 in Chile geschah, ist genau dasselbe, was die USA in vielen Ländern der südlichen Hemisphäre versucht haben. Das jüngste Angriffsziel der US-Regierung – und des westlichen Großkapitals – ist Venezuela. Was in diesem Land zur Zeit abläuft, ist

nichts Einmaliges oder Ungewöhnliches. Hier wird ein Angriff der USA und ihrer Verbündeten durchgespielt, wie er auch aus weit entfernten Ländern wie Indonesien oder der Demokratischen Republik Kongo bestens bekannt ist. Das Drehbuch ist schon ein Klischee: ein 12-Stufen-Plan, um das Klima für einen Staatsstreich herbeizuführen, der für eine Welt sorgen soll, die dem Westen und den westlichen Großkonzernen zu Füßen liegt.

Marco Rubio (@marcorubio) twitterte am 24. Januar 2019: *„Die größten Käufer venezolanischen Öls sind @ValeroEnergy & @Chevron. Die Verarbeitung des Rohöls aus #Venezuela sorgt für viele Arbeitsplätze an der Golfküste. Im Interesse dieser Arbeiter aus den USA hoffe ich, sie werden ab jetzt mit der Verwaltung von Präsident Guaidó zusammenarbeiten und die Zusammenarbeit mit dem unrechtmäßigen Maduro-Regimer einstellen.“*

**Stufe 1: Fallen des Kolonialismus.** Große Teile der südlichen Hemisphäre sind gefangen in Strukturen, die durch den Kolonialismus geschaffen wurden. Er zog Grenzen um Gebiete, die das Unglück hatten, vor allem ein bestimmtes Produkt zu exportieren: Das war der Zucker im Fall von Kuba, das Erdöl im Fall von Venezuela. Da solche Länder ihre Wirtschaft nicht auf eine breitere Grundlage stellen konnten, erzielten sie ihre Exporteinnahmen vor allem durch dieses eine Produkt. 98 Prozent der Exporteinnahmen Venezuelas stammen aus dem Erdölverkauf. Bei hohen Weltmarktpreisen für das jeweilige Produkt waren die Exporteinnahmen sicher und bei sinkenden Preisen gefährdet. Dabei handelt es sich um eine Hinterlassenschaft des Kolonialismus. Die Ölpreise sind von Juni 2008 bis Januar 2019 von 160,72 US-Dollar pro Barrel auf 51,99 US-Dollar pro Barrel gefallen. Dementsprechend sanken die Exporteinnahmen Venezuela in diesen zehn Jahren.

**Stufe 2. Zusammenbruch der Neuen Weltwirtschaftsordnung.** 1974 begannen die Länder der südlichen Hemisphäre einen Versuch, die Weltwirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie riefen zur Gründung einer Weltwirtschaftsordnung (*New International Economic Order, NIEO*) auf, mit der es möglich werden sollte, aus der Abhängigkeit auf ein einziges Exportprodukt auszubrechen und die Wirtschaft jedes Landes auf eine breitere Grundlage zu stellen. Für Rohstoffe wie Erdöl und Bauxit sollten Kartelle gebildet werden, um Ländern, die nur ein Produkt für den Export hatten, eine gewisse Kontrolle über die dafür erzielbaren Preise einzuräumen. Die 1960 gegründete Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) war der Pionier für solche Kartelle, aber

die Bildung weiterer wurde nicht zugelassen. Durch den Niedergang der OPEC in den letzten dreißig Jahren war es ihren Mitgliedern nicht mehr möglich, die Ölpreise zu kontrollieren – darunter auch Venezuela, das die größten nachgewiesenen Erdölvorkommen der Welt besitzt. Alle diese Staaten sind der Gnade der mächtigen Hauptländer ausgeliefert.

**Stufe 3: Der Tod der Landwirtschaft des Südens.** Im November 2001 gab es auf der Welt 3 Milliarden Kleinbauern und Landarbeiter. Damals traf sich in Doha, Katar die Welthandelsorganisation, um die Produktivität der Agrarwirtschaft des Nordens gegen diese Milliarden Bauern und Landarbeiter des Südens zu entfesseln. Durch Mechanisierung und industriell arbeitende Großfarmen war in Nordamerika und Europa die Produktivität auf 1-2 Millionen kg Getreide pro Farmer gestiegen. Demgegenüber kämpften die Bauern und Landarbeiter im Rest der Welt um 1000 kg Getreide pro Farmer. Ihre Produktivität konnte also auch nicht annähernd mithalten. Durch die Beschlüsse von Dohar, schrieb Samir Amin, war die Vernichtung der Kleinbauern und Landarbeiter vorprogrammiert. Was passiert mit diesen Männern und Frauen? Im Westen wird pro Hektar mehr produziert, doch die Übernahme der Landwirtschaft durch Konzerne führt dazu – wie P.Sainath, Forscher am Tricontinental Institute for Social Research gezeigt hat -, dass mehr Menschen hungern müssen, indem die Bauern von ihrem Land vertrieben und dem Hungertod preisgegeben werden.

**Stufe 4: Kultur der Ausplünderung.** Die Vorherrschaft des Westens macht Monopolkonzerne kühn, sich nicht um Gesetze zu scheren. Wie Kampale Musvuli und ich am Beispiel der demokratischen Republik Kongo dargestellt haben, werden deren Jahreshaushalt von 6 Milliarden Dollar regelmäßig mindestens 500 Millionen durch Bergbaukonzerne entzogen, die in Kanada sitzen – einem Land, das jetzt zu den Anklägern Venezuelas gehört. Mit falschen Preiskalkulationen und Steuervermeidung gelingt es solchen großen Firmen (in Kanada: Agrium, Barrick und Suncor) regelmäßig, verarmten Ländern Milliarden zu stehlen.

**Stufe 5: Schuldenmachen als Lebensstil.** Wenn Verkaufserlöse ihres Hauptexportprodukts ausbleiben, die Landwirtschaft zerstört ist und die Kultur der Ausplünderung greift, bleibt den Ländern der südlichen Hemisphäre nur noch, bei den Geldverleihern anzuklopfen. In den letzten zehn Jahren sind die Schulden der Länder der südlichen Hemisphäre angewachsen, doch die Zahlungen für solche Schulden haben sich

um 60 Prozent erhöht. Im Zuge der gestiegenen Preise für Exportprodukte zwischen 2000 und 2010 sanken die Schulden der Länder der südlichen Hemisphäre, aber stiegen mit sinkenden Preisen ab 2010 wieder an. Der Weltwährungsfonds hat festgestellt, dass von 67 verarmten Ländern, wo das verfolgt wird, 30 überschuldet sind, doppelt so viele wie 2013. Im Fall von Angola fließen 55,4 % der Exporterlöse nur in den Schuldendienst. Wie Venezuela ist auch Angola ein Erdöl exportierendes Land. Auch weitere solche Länder wie Ghana, Tschad, Gabun und Venezuela leiden an einer hohen Verschuldungsrate (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt). Bei zwei von fünf Ländern herrscht ein Notstand der Finanzen.

**Stufe 6: Öffentliche Finanzen – Schluss damit.** Durch geringe Einnahmen und niedrige Steuersätze sind auch die öffentlichen Finanzen der Länder der südlichen Hemisphäre in die Krise geraten. Wie die UNO-Konferenz zu Handel und Entwicklung feststellte, werden „die öffentlichen Finanzen weiterhin erstickt“. Den betroffenen Staaten gelingt es nicht mehr das Geld für Grundfunktionen des Staates bereitzustellen. Durch das Erfordernis ausgeglichener Haushalte ist die Kreditaufnahme ebenso erschwert wie durch hohe Zinsen aufgrund der Risiken für Kreditvergabe an verschuldete Länder.

**Stufe 7: Tiefe Einschnitte bei Sozialleistungen.** Wenn sie kein Geld auftreiben können und den Launen des internationalen Finanzmarkts ausgeliefert sind, sehen sich die Regierungen zu tiefen Einschnitten bei Sozialausgaben gezwungen. Bildung, Gesundheit, Nahrungsmittelsouveränität, Gestaltung wirtschaftlicher Vielfalt – das bleibt alles auf der Strecke. Internationale Einrichtungen wie der Weltwährungsfonds zwingen diese Länder zu „Reformen“, was gleichbedeutend ist mit der Aufgabe ihrer Unabhängigkeit. Länder, die dem standhalten, stehen unter riesigem internationalen Druck „bei Strafe des Untergangs“, wie es im Kommunistischen Manifest von 1848 heißt.

**Stufe 8: Soziale Not führt zu Migration.** 68,5 Millionen Menschen sind heute unterwegs, die Bevölkerungszahl des Landes „Migration“ liegt an 21. Stelle der Welt hinter Thailand, noch vor Großbritannien. Migration ist weltweit die Reaktion auf den Zusammenbruch von Ländern von einem Ende des Planeten zum anderen. Die Auswanderung aus Venezuela ist kein Spezifikum dieses Landes, sondern eine normale Reaktion auf die globale Krise. Migranten aus Honduras ziehen nordwärts in die USA, Migranten aus Westafrika durch Libyen nach Europa im Rahmen dieses globalen Exodus.

**Stufe 9: Wer bestimmt, was Menschen erzählt wird?** Die Monopolmedien der Konzerne erhalten die Anweisungen von der Elite. Mitgefühl für die Strukturkrise, mit der Regierungen von Afghanistan bis Venezuela sich herumschlagen müssen, ist nicht vorgesehen. Staatsführungen, die dem westlichen Druck nachgeben, dürfen in den Medien alles. Solange sie „Reformen“ durchführen, geht es ihnen gut. Länder, die sich gegen „Reformen“ stellen, müssen mit Angriffen rechnen. Ihre Führer sind „Diktatoren“, ihre Bevölkerung Geiseln. Eine angreifbare Wahl in Bangladesch oder der Demokratischen Republik Kongo oder den Vereinigten Staaten ist kein Anlass für einen „regime change“. Nur Venezuela erfährt eine solche Sonderbehandlung.

**Stufe 10: Wer ist der wirkliche Präsident?** Operationen für einen „regime Change“ beginnen damit, dass die imperialistischen Länder die Legitimität der bestehenden Regierung in Frage stellen, indem mit dem Gewicht der Vereinigten Staaten eine nicht gewählte Person als „neuer Präsident“ bezeichnet und die Autorität der gewählten Führungsperson untergraben wird. Der Staatsstreich besteht darin, dass ein mächtiges Land entscheidet – ohne Wahl –, seinen eigenen Stellvertreter zum Führer zu salben. Diese Person – im Fall Venezuela Juan Guaidó – muss unverzüglich klarstellen, dass er sich den Vereinigten Staaten fügen wird. Sein Küchenkabinett – bestehend früheren Regierungsbeamten mit engen Verbindungen in die USA (wie Ricardo Hausmann von der Harvard-Universität und Moisés Naím von Carnegie) – stellt unverzüglich klar, dass es alles privatisieren und im Namen des venezolanischen Volkes das Volk von Venezuela verkaufen will.

**Stufe 11: Die Wirtschaft zum Schreien bringen.** Venezuela ist seit 2014 harten Sanktionen der USA ausgesetzt, seit der US-Kongress auf diese Linie einschwenkte. Im folgenden Jahr erklärte Präsident Barack Obama Venezuela zur „Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Die Wirtschaft begann zu schreien. In den letzten Tagen haben die USA und Großbritannien unverfroren Milliarden gestohlen, die Venezuela gehören, den einzigen Wirtschaftssektor, der Einnahmen bringt (das Erdöl) an die Kette von Sanktionen genommen, und dann zugeschaut, wie der Schmerz über die Folgen das Land erschüttert. So haben das die USA mit dem Iran gemacht und genauso mit Kuba. Nach Feststellungen der Uno haben die Sanktionen der USA die kleine Insel 130 Milliarden Dollar gekostet. Venezuela hat im ersten Jahr der von Trump seit August 2017 verhängten Sanktionen 6 Milliarden Dollar verloren. Jeden Tag wird das mehr. So erstaunt es nicht, dass der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen Idriss Jazairy feststellt, dass „Sanktionen,

die zum Verhungern und zum Ausfall der Gesundheitsversorgung führen, nicht die Antwort auf die Krise in Venezuela sind“. Er hielt auch fest, dass Sanktionen „keine Grundlage für eine friedliche Lösung von Auseinandersetzungen sind“. Er sagte auch: „Besonders besorgt bin ich über Berichte, dass das Ziel dieser Sanktionen die Ablösung der Regierung von Venezuela ist“. Er rief zu „Mitgefühl mit der Bevölkerung Venezuelas auf.

**Stufe 12: Krieg beginnen.** Der Nationale Sicherheitsberater der USA John Bolton hielt bereits eine gelbe Tafel hoch, auf der stand: „5000 Soldaten in Kolumbien“. Es handelt sich um Streitkräfte der USA, stationiert im Nachbarland Venezuelas. Das Südkommando der USA steht bereit. Sie stacheln Kolumbien und Brasilien an, auch mitzumachen. Während das Klima für einen Staatsstreich geschaffen wird, bedarf es noch eines kleinen Anstoßes. Dann werden sie einen Krieg beginnen.

Aber all das ist nicht unvermeidbar. Es war nicht unvermeidbar für Titina Silá, einer Befehlshaberin der PAIGC (Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde), die am 30. Januar 1973 umgebracht wurde. Sie kämpfte für die Befreiung ihres Landes. Es war nicht unvermeidbar für die Freunde des Tricontinental Institute for Social Change bei Code Pink, der Organisation „Frauen für den Frieden“ in den USA, deren Vertreterin Medea Benjamin sich in die Versammlung der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) begab und NEIN sagte.

Es ist an der Zeit, NEIN zu sagen zu Interventionen für einen „regime change“. Da gibt es keinen Mittelweg.

Quelle: <https://www.commondreams.org/views/2019/02/01/us-12-step-method-conduct-regime-change>

Aus dem Englischen: Lothar Leschke